

ERKLÄRUNG ZU DEN ALLGEMEINEN ANFORDERUNGEN
gem. Art. 38, Absatz 1, lit. b), c) und m-ter) G.v.D. 163/2006 i.d.g.F.
Art. 8.3.1. Punkt 3 der Ausschreibung

An die Galleria di Base del Brennero
Brenner Basistunnel BBT SE

Gegenstand der Ausschreibung: AP174 - Baulos "Eisackunterquerung"

ANWEISUNGEN FÜR DAS AUSFÜLLEN

- Die vorliegende Erklärung ist zu erbringen:
 - vom Einzelbieter;
 - im Fall von (bereits gegründeten sowie noch nicht gegründeten) Bietergemeinschaften: von allen an der Bietergemeinschaft beteiligten Wirtschaftsteilnehmern;
 - im Fall von ständigen Konsortien oder Konsortien aus Genossenschaften oder Konsortien aus Handwerksunternehmen: sowohl vom Konsortium als auch von den ausführenden Konsortiumsmitgliedern.
 - von dem als Subauftragnehmer-Planer angegebenen Wirtschaftsteilnehmer.
- Insbesondere muss die vorliegende Erklärung für alle oben genannten Wirtschaftsteilnehmer, jeweils eine pro Subjekt, von folgenden Personen erbracht werden:
 - ✓ Inhaber und technische(r) Leiter, wenn es sich beim Bieter um ein Einzelunternehmen handelt;
 - ✓ die Gesellschafter und den/die technischen Leiter, wenn es sich beim Bieter um eine offene Handelsgesellschaft handelt;
 - ✓ die Komplementäre und den/die technischen Leiter, wenn es sich beim Bieter um eine Kommanditgesellschaft handelt;
 - ✓ Geschäftsführer mit Vertretungsbefugnissen und technische(r) Leiter und der Alleingesellschafter als natürliche Person bzw. der Mehrheitsaktionär im Fall von Gesellschaften mit weniger als vier Gesellschaftern, wenn es sich beim Bieter um eine sonstige Gesellschaft handelt (mit dem Hinweis, dass im Fall von Gesellschaften mit zwei 50%-Gesellschaftern beide die vorliegende Erklärung abgeben müssen);
 - ✓ im Fall von Gemeinschaften von Freiberuflern gem. Gesetz Nr. 1815 vom 23. November 1939 oder Freiberuflergesellschaften: von den einzelnen Freiberuflern, die Vertretungsbefugnisse haben.
- beschränkt auf den Ausschlussgrund gemäß Punkt 2b des vorliegenden Formulars C muss diese Erklärung von den oben genannten Subjekten auch dann erbracht werden, wenn diese im Jahr vor dem Datum der Veröffentlichung der Ausschreibung von ihrer Funktion zurückgetreten sind;
- das Subjekt, welches das „Formular B – Entsprechende Erklärungen“ oder das „Formular E – Erklärungen des als Subauftragnehmer angegebenen Planers“ unterfertigt hat, ist nicht dazu verpflichtet, auch diese Erklärung vorzulegen;

Der Unterfertigte _____ geboren am
_____ in _____ als (Inhaber,

gesetzlicher Vertreter, Gesellschafter, Technischer Direktor, Sonstiges)¹

 des/der
 Einzelunternehmens/Gesellschaft/Konsortiums/ Bürogemeinschaft
 mit Sitz/Steuersitz in _____ Straße
 _____ PLZ _____
 Steuernr. _____
 Mehrwertsteuernr. _____
 Tätigkeitscode _____

gemäß Art. 46 und 47 des D.P.R. Nr. 445 vom 28.12.2000, im Bewusstsein der von Artikel 76 des besagten D.P.R. vorgesehenen strafrechtlichen Folgen bei Falscherklärungen bzw. bei Erstellung oder Verwendung von falschen Unterlagen

ERKLÄRT

1. dass die Sachverhalte gemäß Art. 32 *quater* des ital. Strafgesetzbuchs oder gleichartige Sachverhalte, welche die Teilnahme an den Ausschreibungen und/oder die Unterfertigung von öffentlichen Aufträgen behindern, auf ihn nicht zutreffen;
2. dass auf ihn die Gründe für den Ausschluss von den öffentlichen Ausschreibungen gemäß Art.38, Abs.1, lit. b), c) und mter) des G.v.D.163/2006 i.d.g.F., nicht zutreffen, d. h.:
 - a. dass ihm/ihr gegenüber keine präventiven Maßnahmen gemäß Artikel 6 des G.v.D. Nr. 159 aus 2011 angewandt wurden, kein Verfahren zur Anwendung einer der präventiven Maßnahmen anhängig ist und keiner der Hinderungsgründe gemäß Artikel 67 dieses Dekrets vorliegt (Art. 38, Abs. 1, lit. b) des G.v.D.163/2006 i.d.g.F.) sowie dass in den letzten 5 Jahren die Auswirkungen dieser präventiven Maßnahmen gemäß Artikel 6 des G.v.D. Nr. 159 aus 2011, die gegenüber einer im gleichen Haushalt lebenden Person verhängt wurden (Art. 38, Abs.1, lit. b) des G.v.D.163/2006 idgF und Art. 6, 67 und 85 G.v.D. 159/2011), auf ihn/sie nicht ausgedehnt wurden
 - b. dass in Bezug auf ihre strafrechtliche Stellung²: (Art. 38, Abs. 1, lit. c) des G.v.D.163/2006 i.d.g.F.)
 - ☐ ihm/ihr gegenüber wurden keine rechtskräftigen Strafurteile bzw. unwiderruflich gewordene Strafbefehle bzw. Urteile auf Strafzumessung auf Antrag gemäß Artikel 444 ital. StPO erlassen oder, sollten diese erlassen worden sein, wurde die Straftat straffrei gestellt oder es ist eine Rehabilitation gemäß Art. 178 erfolgt oder die Straftat bzw. der Widerruf des Urteils selbst wurde mit Feststellungsurteil der zuständigen Gerichtsbehörde als erloschen erklärt;
 - ☐ ihm/ihr gegenüber folgende rechtskräftige Strafurteile oder unwiderruflich gewordene Strafbefehle oder Urteile auf Strafzumessung auf Antrag gemäß Artikel 444 der ital. Strafprozessordnung erlassen wurden:
 - Art der Maßnahme: _____
 - Rechtsbestimmung, gegen die verstoßen wurde: _____
 - Art der Straftat: _____

¹ Ausgeübtes Amt bzw. Funktion angeben.

² Nur eine der beiden Optionen mit Sorgfalt auswählen; bei Auswahl der zweiten Option die Maßnahmen unter Angabe der verlangten Informationen anführen (die Maßnahme muss auch dann angegeben werden, wenn die Vergünstigungen "Strafaussetzung" oder "Nichterwähnung" gewährt wurden).

- Verhängte Strafe (die Strafe ist anzugeben, auch wenn die Vergünstigungen „Strafaussetzung“ und „Nichterwähnung“ gewährt wurden)
:

- Datum der Maßnahme: _____

• Art der Maßnahme: _____

- Rechtsbestimmung, gegen die verstoßen wurde: _____

- Art der Straftat: _____

- Verhängte Strafe (die Strafe ist anzugeben, auch wenn die Vergünstigungen „Strafaussetzung“ und „Nichterwähnung“ gewährt wurden)
:

- Datum der Maßnahme: _____

c. dass³: (Art. 38, Abs. 1, lit. m-ter) des G.v.D.163/2006 i.d.g.F.)

☐ er/sie nicht Opfer der von den Artikeln 317 und 629 StGB vorgesehenen und geahndeten Straftaten (Amtsmissbrauch und Erpressung), verschärft gemäß Artikel 7 des GD Nr. 152 vom 13. Mai 1991, umgewandelt, mit Abänderungen, vom Gesetz Nr. 203 vom 12. Juli 1991, gewesen ist;

oder alternativ

☐ er/sie Opfer der von den Artikeln 317 und 629 StGB vorgesehenen und geahndeten Straftaten (Amtsmissbrauch und Erpressung), verschärft gemäß Artikel 7 des GD Nr. 152 vom 13. Mai 1991, umgewandelt, mit Abänderungen, vom Gesetz Nr. 203 vom 12. Juli 1991, gewesen ist und die Tatbestände bei der Gerichtsbehörde angezeigt hat;

oder alternativ

☐ er/sie als Opfer der von den Artikeln 317 und 629 StGB vorgesehenen und geahndeten Straftaten (Amtsmissbrauch und Erpressung), verschärft gemäß Artikel 7 des GD Nr. 152 vom 13. Mai 1991, umgewandelt, mit Abänderungen, vom Gesetz Nr. 203 vom 12. Juli 1991, die Tatbestände bei der Gerichtsbehörde nicht angezeigt hat, da ein Haftungsbefreiungsgrund gemäß Artikel 4, erster Absatz, des Gesetzes Nr. 689 vom 24. November 1981 festgestellt wurde.

oder alternativ

☐ er/sie Opfer der von den Artikeln 317 und 629 StGB vorgesehenen und geahndeten Straftaten (Amtsmissbrauch und Erpressung), verschärft gemäß Artikel 7 des GD Nr. 152 vom 13. Mai 1991, umgewandelt, mit Abänderungen, vom Gesetz Nr. 203 vom 12. Juli 1991, gewesen ist und die Tatbestände bei der Gerichtsbehörde nicht angezeigt hat; Diese Sachlage muss aus Indizien hervorgehen, welche dem Antrag auf Eröffnung des Verfahrens zu Grunde liegen, der im Jahr vor der Ausschreibungsveröffentlichung gegen ihn/sie gestellt wurde.

Mitteilung gemäß Artikel 13 G.v.D. Nr. 196 vom 30.06.2003 „Datenschutzkodex“.

Die erhobenen personenbezogenen Daten werden, sowohl mit als auch ohne Hilfe elektronischer Mittel zur Durchführung der institutionellen Tätigkeiten in Bezug auf das vorliegende Verfahren sowie auf eventuelle, daraus folgende Verwaltungs- und Rechtsverfahren bearbeitet (einschließlich jener, die vom Gesetz 241/90 über das Recht auf Zugang zu Verwaltungsunterlagen vorgesehen sind), um die diesbezügliche Sicherheit und Vertraulichkeit zu garantieren und jedenfalls unter Einhaltung der geltenden Bestimmungen. Die gemäß D.P.R. 445/2000 und D.P.R. 412/2000 erhobenen gerichtlichen Daten werden in Übereinstimmung mit dem G.v.D. Nr. 196/2003 verarbeitet. In Bezug auf die oben genannten Daten kann der/die Betroffene die von Art. 7 des genannten G.v.D. vorgesehenen Rechte ausüben. Inhaber der Datenverarbeitung ist die Galleria di Base del Brennero Brenner Basistunnel BBT SE. Der Verantwortliche ist der in der Ausschreibung angeführte Verfahrensverantwortliche.

DATUM

UNTERSCHRIFT

Hinweise:

1. Den vorliegenden Erklärungen ist eine nicht beglaubigte Kopie eines gültigen Lichtbildausweises

³ Nur eine der beiden Optionen mit Sorgfalt auswählen.

des Unterfertigten beizuschließen.

- 2.** *Falls die vorliegenden Anträge direkt vom Bieter erstellt werden, ohne das von der ausschreibenden Stelle bereit gestellte Formular zu verwenden, muss das Dokument jedenfalls sämtliche hier vorgesehenen Erklärungen beinhalten.*